

### Krisen- und Reformpolitik in 'real existierenden Wohlfahrtsstaaten'

Roth, Günter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Roth, G. (2011). *Krisen- und Reformpolitik in 'real existierenden Wohlfahrtsstaaten'*. München. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-328021>

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-SA Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

**Terms of use:**

This document is made available under a CC BY-NC-SA Licence (Attribution-NonCommercial-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>

**Krisen- und Reformpolitik in  
,real existierenden Wohlfahrtsstaaten'**

***Günter Roth***

1. Einführung .....	1
2. Der Wohlfahrtsstaat als Machtfeld .....	2
3. Wandel sozialer Milieus und ,Krise der Repräsentation' ...	10
4. Grundzüge der Krisen- und Reformpolitik .....	16
5. Konklusion .....	24
6. Literatur .....	27

München, 25. Januar 2012

## 1. Einführung

In so genannten ‚Wohlfahrtsstaaten‘ dominiert seit dem Ende der oft als ‚golden‘ bezeichneten 1960er und 1970er Jahre eine reaktionäre Reformpolitik mit dem überwiegenden relativen Stop des Ausbaus bis hin zum Abbau sozialer Teilhaberechte mit einer wieder wachsenden sozialen Ungleichheit, Massenarbeitslosigkeit sowie Armut.<sup>1</sup> Zuerst wurde der ‚alternativlose‘ Ab- und Umbau des Wohlfahrtsstaats, Re-Privatisierung, Markt, Wettbewerb und Deregulierung von konservativ-liberalen Regimen wie in Großbritannien unter Thatcher eingeleitet. Nach längerem Widerstreben folgten dem zumindest teilweise aber auch sozialdemokratische Anführer der ‚Neuen Mitte‘ oder ‚New Labour‘ wie Blair oder Schröder. Als Tenor wurde auch von dieser Seite die ‚schlicht notwendige Modernisierung‘ zu einem nachhaltigen, zukunftsichernden oder investiven Wohlfahrtsstaat gefordert, so dass die Verteidiger des ‚alten‘ Wohlfahrtsstaats zu ‚Altlinken‘ oder ‚Strukturkonservativen‘ wurden, welche die Zeichen der Zeit nicht erkennen wollten.

Die immer neuen ‚Krisen‘ und ‚Sachzwänge‘ der Finanzen, Wirtschaft & Arbeit, Demographie, Familie, Umwelt usw. nehmen hierbei eine zentrale argumentative Rolle ein, so dass politische ‚Reformen‘ mit ihren Ursachen wie auch Wirkungen auf technokratische Art und Weise interpretiert, ideologisch neutralisiert oder gewendet werden – wesentlich geprägt durch wirtschaftsnahe, ‚neo-liberal‘ geprägte ‚Experten‘, ‚think tanks‘ oder internationaler Organisationen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IMF), Welthandelsorganisation (WTO) oder Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Dabei stellt sich für mich im Folgenden die Frage nach der Logik und dem sozialen Hintergrund des Erfolgs der wohlfahrtsstaatli-

---

<sup>1</sup> Hier wird der internationale Begriff des Wohlfahrtsstaats benutzt; zur Unterscheidung zum deutschen ‚Sozialstaat‘ z.B.: Kaufmann 2003. Der Begriff der Reform bedeutete ursprünglich eine Rückbesinnung auf einen früheren idealen Zustand (Wolgast 1984).

chen Reformpolitik, was mithilfe des Ansatzes von Pierre Bourdieu betrachtet und besser verstanden werden kann. Dessen Modell des politischen Feldes (Bourdieu 2001) wurde in der Wohlfahrtsstaatsforschung (Starke 2006) bisher kaum beachtet, obwohl seine soziologischen Analysen längst einen Klassikerstatus genießen und erhellend auf die wachsende und sich wandelnden Formen sozialer Ungleichheit und ‚Prekarität‘ angewandt wurden (Schultheis/Schulz 2005; Schultheis 2007, Vester et al. 2001; Wacquant 2010).

Zunächst folgen einige kritische theoretische Rekonstruktionen des ‚real existierenden‘ Wohlfahrtsstaats als Machtfeld, womit die dominierenden einseitigen funktionalistischen Sichtweisen ergänzt und korrigiert werden sollen. Danach werden Transformation sozialer und politischer Milieus in Deutschland mit der daraus resultierenden ‚Krise der Repräsentation‘ (Vester et al. 2001) skizziert, die eine wichtige Grundlage oder Hintergrund der wohlfahrtsstaatlichen Reformpolitik bilden. Am Ende wird damit hoffentlich ein Teil der ‚Logik‘ der wohlfahrtsstaatlichen Krisen- und Reformpolitik deutlicher.

## **2. Der Wohlfahrtsstaat als Machtfeld**

Der Wohlfahrtsstaat wird meist selbstverständlich funktional durch dessen Garantie von Sicherheit und Ordnung, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit oder ‚Inklusion‘ ‚definiert‘ (Schmidt 1998; Kaufmann 2003). Der Staat Sorge heute nicht nur für Sicherheit nach außen und gleiches Recht sowie Ordnung, sondern auch für Infrastruktur, Bildung sowie für soziale Sicherheit, für arme, arbeitslose, behinderte, alte oder kranke Menschen, weil oder sofern dieses nicht durch Märkte oder Familien bzw. private Assoziationen gewährleistet werde (Esping-Andersen 1990).<sup>2</sup> Dieses Modell gilt, trotzdem bis heute soziale und poli-

---

<sup>2</sup> Allgemeine Menschenrechte wurden 1948 von den Vereinten Nationen als Charta vereinbart, der nach langen Verhandlungen und gegen den Widerstand der USA im Jahr 1966 der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie der Internationale Pakt über bürgerliche

tische Rechte *real* offenkundig nur für relativ wenige Privilegierte und je nach Machtkalkül der Großmächte und Global Player gelten – z.B. nicht für die Massen der Armen im Süden der globalen Arbeitsteilung oder der an der Festung Europa strandenden Flüchtlinge (Gresh et al. 2006). Aber auch in den ‚Wohlfahrtsstaaten‘ selbst bleiben existentielle Nöte und Menschenrechtsverletzungen, z.B. für die besonders machtlosen und unorganisierten Gruppen wie Obdachlose, Flüchtlinge oder mangelernährte Pflegebedürftige in Pflegeheimen.<sup>3</sup> In der dominierenden funktionalen Sichtweise bleibt das *Machtfeld* *real* existierender Wohlfahrtsstaaten, der Kampf um Hegemonie und das exklusive staatliche ‚Metakapital‘ (Bourdieu 1998b) zur Durchsetzung bestimmter Sichtweisen als allgemein verbindliche, seltsam unterbelichtet. So bleiben die in den Wohlfahrtsstaaten wie den USA hegemonial konzentrierten Gewaltpotentiale (militärisch, ökonomisch, kulturell) ausgeblendet oder sie werden zu bloßen Mitteln des guten Zwecks verklärt, die Sozial-, Sicherheits-, Außen-, Finanzpolitik usw. werden quasi wie Schrebergärten wissenschaftlich kleinteilig und separiert beackert.

Bei der Beschäftigung mit dem Staat besteht nach Bourdieu ein fundamentales *Erkenntnisproblem* und die Gefahr, „dass wir von einem Staat gedacht werden, den wir zu denken meinen“, weshalb er mahnt: „Wenn es um den Staat geht, kann man gar nicht genug zweifeln“ (Bourdieu 1998b: 93). Indem der Staat nämlich die exklusive symbolische Gewalt über alle Regeln der Sprache, Maße, Zeiten etc. ausübt, verkörpere er sich in der Objektivität von Strukturen und der Subjektivität, in den Köpfen, in mentalen Strukturen, Wahrnehmungs- und Denkschemata, mit der Folge, dass die willkürlichen Akte der Setzung und Herrschaft (wie die schulische Benotung, das Ziehen von Grenzen usw.) verdrängt, in Vergessenheit geraten und den Anschein der Natürlichkeit, der selbstverständlichen Geltung erhalten. Deshalb fordert er einen

---

und politische Rechte folgten; bis 2004 hatten 149 Staaten den ersten und 152 Staaten den zweiten Pakt ratifiziert (<http://treaties.un.org/>).

<sup>3</sup> Studien zeigen, dass in Deutschland ca. 30-50% der ca. 700 Tsd. Pflegebedürftige in Heimen mangelernährt und vernachlässigt werden (Roth 2007), auch leiden viele der auf ca. 250-300 Tausend geschätzten Obdachlosen oft lebensbedrohlich (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2008).

theoriegeleiteten Bruch, womit „das Denken des beamteten Denkers“, das „von der amtlichen Darstellung des Amtlichen völlig durchsetzt“ ist, durchbrochen werden könnte. Denn die Sozialwissenschaften sind im Staat und durch den Staat, in der Beschäftigung mit sozialen Problemen und Krisen, die Probleme der Herrschaft und des Staates sind, groß geworden und symbiotisch verknüpft. Ohne einen solchen Bruch und die Selbstreflexion eigener Positionen – „die Objektivierung des objektivierenden Subjekts“ (Bourdieu 1992) – drohe eine „Verführung, die von jenen Darstellungen des Staates ausgeht, in denen wie bei Hegel die Behörden zu einer Institution des Allgemeinen werden, welche über die Anschauung dieses Allgemeinen und über den Willen zum Allgemeinen verfügt, oder, wie bei dem in dieser Frage immerhin recht zurückhaltenden Durkheim, zu einem ‚Reflexionsorgan‘ und rationalen Instrument, dessen Aufgabe die Realisierung des Allgemeininteresses ist.“ (Bourdieu 1998b: 96 f.).

Der Staat lässt sich auch nach Max Webers Diktum *nicht* durch dessen *Zwecke* definieren, die zu vielfältig und wandelbar seien; man könne „den ‚politischen Charakter‘ eines Verbandes *nur* durch das – unter Umständen zum Selbstzweck gesteigerte – *Mittel* bestimmen, welches nicht ihm allein eigen, aber allerdings spezifisch und für sein Wesen *unentbehrlich* ist: die Gewaltsamkeit“ (Weber 1980: 30, Hervorh. i. Orig.). Gewalt sei zwar weder einziges noch normales Verwaltungsmittel, ihre Leiter bedienten sich vielmehr aller möglicher Mittel für die Durchsetzung ihrer Ziele, es sei aber das spezifische und die ultima ratio, wenn andere versagen (Weber 1980: 29). Neben der ‚ultima ratio‘ physischer Gewalt brauche aber jede staatliche Herrschaft, so Weber, die Folgebereitschaft und den ‚*Legitimitätsglauben*‘ der Beherrschten (Weber 1980: 122).

Für den modernen Staat sei die *Behauptung* der Legitimität *rationalen* Charakters typisch, was auf dem Glauben an die Legalität gesetzter Ordnungen und des Anweisungsrechts der durch sie zur Ausübung der Herrschaft Berufenen ruhe (legale Herrschaft) (Weber 1980: 124). Der Wille zum Gehorchen und die Disziplin der Bürger, ihre politischen Einstellungen, Werthaltungen oder Mei-

nungen sind aber nicht frei, sie bilden sich auf sozialen und politischen *Machtfeldern*, mit positiven wie negativen, äußeren wie inneren Anreizen, in einem Gemisch aus Tradition, Zwang, Abhängigkeit, Angst, Sorge, Kalkül und Glauben. Dabei kann mit Marx u.a. der moderne Staat als Ausdruck gesellschaftlicher, v.a. ökonomisch bedingter Machtverhältnisse verstanden werden, als – *relativ* autonome – Agentur der ökonomisch herrschenden Klasse der Kapitalbesitzer, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wurde.<sup>4</sup> Die relative Autonomie des Staates folgt aus der Logik der Klassenkämpfe und bornierter Einzelinteressen, die sich gegen das kapitalistische Gesamtinteresse richteten, welches der Staat ggf. gegen den Willen Einzelner wahrnehmen soll (woraus aber auch eine Eigendynamik oder Ver selbständigung staatlicher Apparate entsteht).

Der Wohlfahrtsstaat ist ein Ergebnis oft gewaltsamer Konflikte, bei einer enormen Konzentration von Macht und Gewalt (physisch-militärisch, ökonomisch, sozial, kulturell und symbolisch), er fungiert als Besitzer und Verwalter einer Art ‚Metakapital‘, das ihm Gewalt und Macht über die anderen Kapitalsorten und seine Besitzer gibt (Bourdieu 1998b: 100 f.). Nicht zufällig korreliert die Konzentration militärischer und ökonomischer Macht, wobei fast die Hälfte aller Militärausgaben (ca. 1.531 Mrd. US \$ 2009, geg. 2000 eine Zunahme um ca. 49%) auf die USA entfallen, die nicht zuletzt durch die Atombombe ihre Hegemonie und die ‚Pax Americana‘ begründeten (vielleicht kamen amerikanische Wissenschaftler deshalb auf die Idee, gleich den Ursprung des ganzen Universums in einem ‚Urknall‘ zu vermuten).<sup>5</sup> Dabei weiß man, dass dem ‚Elend der Welt‘, gewaltsamen Konflikten, Hunger, Ar-

---

<sup>4</sup> Vgl. Engels 1973: 166 f.; zur fragmentarischen marxistischen Staatstheorie und Ableitung des Staates aus ökonomischen Bedingungen sowie zu dessen relativer Autonomie z.B. Hirsch 2005.

<sup>5</sup> Neben den USA beherrschen Frankreich, Großbritannien und Deutschland zudem den Großteil der Waffenexporte (<http://www.sipri.org>). Im Jahr 2000 verfügten die reichsten 10% der Haushalte der Welt schätzungsweise über mehr als die Hälfte aller verfügbaren *Einkommen*, 85% der Reichen stammten aus OECD-Ländern; dagegen erzielten 40% der Haushalte zusammen nur ca. 5 % aller Einkommen – darunter die ca. 2,5 Mrd. extrem Armen mit einem Einkommen unter 2 \$ [KKP] pro Tag) (UNDP 2005; Dikhanov 2005; Milanovic 2006). Die 500 Reichsten der Erde verfügten schätzungsweise über ein größeres Einkommen als die 416 Millionen der Ärmsten (UNDP 2005). Ähnliche Ungleichheiten ließen sich für das ‚kulturelle Kapital‘ aufzeigen.

mut, Flucht, Arbeitslosigkeit usw. Interessen und ‚Verteilungsprobleme‘ von Geld, Macht und symbolischer Anerkennung zugrunde liegen, mit ‚Teufelskreisen‘ von Armut, Gewalt, Kriminalität, Apathie und Eskapismus (Sen 1992; Bourdieu et al. 1998; Nafziger/Auvinen 2002; Stewart 2002; Wilkinson 2006). Zwar wendet man sich heute in den Wohlfahrtsstaaten meist mit Grausen von militärischer Gewalt wie auch drakonischen Körperstrafen und ‚harten‘ Maßnahmen der Disziplinierung ab und sanfteren, subtilen Herrschaftstechniken der Sorge, Erziehung, Bildung, Aufklärung und Erweckung zu in der ‚Regierung des Selbst‘ moderner ‚Kontrollgesellschaften‘ (Foucault 1978; Foucault 1991; Deleuze 1993). Auf ‚die harte Tour‘ wird aber nicht verzichtet, die ‚harte Rechte‘ (quasi männliche) Hand des Staates (Militär, Polizei etc.) geht Hand in Hand mit der sorgenden, erziehenden und pflegenden linken (weiblichen) Hand per Erziehung, Bildung und Förderung, ja erstere erfuhr in den letzten Jahrzehnten mit der zunehmenden sozialen Ungleichheit und Armut, der Politik der ‚Zero Tolerance‘ und wachsenden Inhaftierung der Armen wieder eine enorme Stärkung (Wacquant 2010: 201).

Viele sehen heute eine „zerfaserte Staatlichkeit“ (Genschel et al. 2006) oder eine gestaltlose, unpersönliche, dezentrierte, in ‚Machtdiskursen‘ verflüchtigte ‚Gouvernementalität‘ (Foucault 1991), was aber diffus und arbiträr zu werden droht, empirisch kaum nachzuvollziehen und wenig überzeugend. Dagegen lieferte Pierre Bourdieu ein theoretisch wie empirisch fruchtbares Konzept des staatlichen und politischen *Feldes*.<sup>6</sup> Dabei ist Bourdieus Kapitalbegriff empirisch zu greifen, im Gegensatz zu Foucaults Begriff der Macht (z.B.: Foucault 1999: 133 f.). Bourdieu bestimmte im Anschluss an Max Weber den Staat als

„ein (noch zu bestimmendes) X, das mit Erfolg das Monopol auf den legitimen Gebrauch der physischen *und symbolischen* Gewalt über ein bestimmtes Territorium und über die Gesamtheit der auf diesem Territorium lebenden Bevölkerung für sich beansprucht“ (Bourdieu 1998b: 99 Hervorh. im Orig.).

---

<sup>6</sup> Ähnlich der ‚Figuration‘ bei Elias (Elias 2004).



Neben der Erweiterung um die *symbolische Gewalt*<sup>7</sup> vermeidet aber auch er die tradierte Fiktion einer personalen Identität, wie es im ‚Vater Staat‘ zum Ausdruck kommt und die bei Weber noch vorhandene Annahme einer rationalen Einheit, dem er ein noch näher zu bestimmendes soziales und politisches *Machtfeld* entgegensetzt. Dieses bildet einen *relativ autonomen* Mikrokosmos in der sozialen Welt, mit besonderen Ein- und Ausschlussprinzipien, Regeln und Strukturen, mit ‚Eingeweihten‘, Berufspolitikern (bzw. Beamten), die mit dem Monopol legitimer politischer Handlungen ausgestattet sind und den tendenziell inkompetenten Laien und der demokratischen Öffentlichkeit als Publikum, die tendenziell politisch enteignet und entmündigt werden (Bourdieu 2001a: 47). Ungeachtet politischer Konflikte teilen die Angehörigen des politischen Feldes das gemeinsame Anliegen und den Glauben an das Feld und den Staat selbst (‚doxa‘ oder ‚illusio‘), wie die Verbundenheit gegenüber den Außenstehenden. Deshalb unterliegen politische Akteure mit großer Nähe zum Volk auch rasch Vorwürfen des Populismus, der Demagogie oder Inkompetenz oder Scharlatanerie. Aber auch anderes ‚Wildern‘ auf fremden Terrain, den Feldern von Wirtschaft, Kultur oder Wissenschaft ist riskant, weil Vorwürfe egoistischer Interessenverfolgung oder abgehobener intellektueller Spielerei, Sektierertum oder Eitelkeit drohen. Die Gemeinsamkeit und Verbundenheit der politischen Akteure gilt – wie auf jedem Feld – umso mehr, je zentraler oder bedeutender die Position ist, je stärker die Akteure mit Institutionen und Apparaten verbunden sind, je mehr sie zur politischen ‚Orthodoxie‘ gehören, denen die Aufstrebenden und radikalen Häretiker an den Rändern gegenüber stehen, welche die politische Welt und die Kräfteverhältnisse grundlegend verändern wollen (Bourdieu 2001a: 55). Immer wieder betont Bourdieu Analogien des politischen und religiösen Feldes, da die Verleihung des Rechts und der Kompetenz politischer Repräsentation einem magischen Akt der Weihe gleiche, der Inauguration und Investitur als quasi transzendenten Übergang der Macht einer Gruppe auf eine Person, was von einem erheblichen symbolischen Aufwand begleitet wird (ähnliche

---

<sup>7</sup> Wie schon Gramsci die Bedeutung ‚kultureller Hegemonie‘ betonte.

Rituale der Weihe sind typisch für das künstlerische und wissenschaftliche Feld).

Zwar ist die Autonomie des politischen Feldes begrenzt, das ‚letzte Wort‘ hat an sich das Volk, es muss regelmäßig eine Rückkopplung zu jenen geben, in deren Namen man als politische Repräsentanten zu sprechen und herrschen befugt wurde, um nicht als geschlossene Veranstaltung leer zulaufen (Bourdieu 2001a: 49). Allerdings sind die jeweiligen Kräfte und das politische Kapital oder Prestige nicht nur innerhalb des Feldes und seiner Akteure und Institutionen höchst *ungleich* verteilt, sondern auch in der Gesellschaft, wobei vor allem die ökonomischen und kulturellen Eliten über exzellente Mittel verfügen, um ihre Interessen durchzusetzen. Dazu gehören die per Sozialisation und habituell verinnerlichten politischen Interessen, Kenntnisse und Kompetenzen mit dem Gespür für sinnvolle Investitionen, Zeit, Geld, Bildung, Wissen und nicht zuletzt das Sozialkapital oder das ‚gewisse Etwas‘ als ‚Charisma‘. Es ist die selbstverständliche, frappierende Souveränität, Lässigkeit, Leichtigkeit und Großzügigkeit der Privilegierten, wogegen sich die aufsteigenden Streber durch Überanpassung, Kleingeist oder Kleinmut, mangelnde Authentizität, Kälte oder Übertriebenheit des Hochstaplers vertragen; den Aufsteigern sind die Mühen ihrer Kletterei ebenso anzusehen wie die übertrieben wirkende Großspurigkeit der Absteiger (Bourdieu 1985: 12). Die sozialen Voraussetzungen und der Zugang zum politischen Feld sind also ungleich verteilt und verzerrt, es kommt in Demokratien ein „versteckter Zensusmechanismus“ (Bourdieu 2001a: 43) zum Tragen, weil sich vor allem sozial Benachteiligte der politischen Stimme enthalten, oft desinteressiert, skeptisch oder verdrossen sind, ihnen kommt Politik als Schmierentheater, ungerecht, abgehoben oder undurchsichtig, nutzlos und öde vor. Politische Positionierungen und Veränderungen auf dem politischen Feld sind zudem nur mit Investitionen von Arbeit, Zeit, Bildung, Geld etc. zu erreichen, also Mittel, die vor allem bei den ökonomischen und kulturellen Eliten konzentriert sind.

Das Politische und der Staat begründen *Felder der Macht* oder Spielräume, in dem die Kapitalbesitzer (der verschiedenen Sorten) *vor allem* um die Macht über den Staat kämpfen, das heißt über das staatliche Kapital, das Macht über die verschiedenen Kapitalsorten und ihre (vor allem über das Bildungssystem vermittelte) Reproduktion verleiht (Bourdieu 1998b: 101). Die Akteure des politischen Feldes kämpfen um ‚allgemein verbindliche Regelungen‘ (so die ideologisch verharmlosende systemtheoretische Begrifflichkeit), d.h. um die Durchsetzung der Ansichten und Interessen bestimmter Gruppen als legitime soziale Ordnungen, Sicht- und Teilungsprinzipien der sozialen Welt und deren Veränderungen. In kapitalistischen, marktgesteuerten Gesellschaften besteht der Hauptkonflikt zwischen den Besitzern ökonomischen Kapitals und den Besitzlosen, die alleine auf ihre Arbeitskraft bauen können. Ökonomisches Kapital liegt konzentriert in den Händen der Vermögenden, die besonders mächtig sind, wobei vor allem Finanzkapital flexibel, vielseitig einsetzbar und gegen Marktrisiken abzusichern ist, indem es breit gestreut wird. Andererseits wird die Flüchtigkeit des Kapitals überzeichnet, weil z.B. Immobilien und Produktionsanlagen nicht nach Belieben oder ohne Kosten verlagert werden können. Lohnabhängige Arbeitskräfte sind indes ständig und unmittelbar auf lokale Arbeitsangebote angewiesen, man kann nicht auf günstigere Verwertungsbedingungen warten, sofern keine Einkünfte aus Vermögen, Unterstützung durch Familien oder staatlichen Transfers zur Deckung des Lebensbedarfs vorhanden sind. Zudem ist die Mobilität von Arbeitskräften aufgrund politischer, ökonomischer, kultureller, sozialer Barrieren eingeschränkt und personengebundene Fähigkeiten sind nicht ohne weiteres transferierbar oder wandelbar wie das Finanzkapital. Deshalb sind staatliche Maßnahmen der Marktregulierung und des Ausgleichs durch Transfers oder soziale Dienste *konstitutiv* für kapitalistische Märkte, v.a. Arbeitsmärkte (Durkheim 1992; Polanyi 1978; Castel 2000).

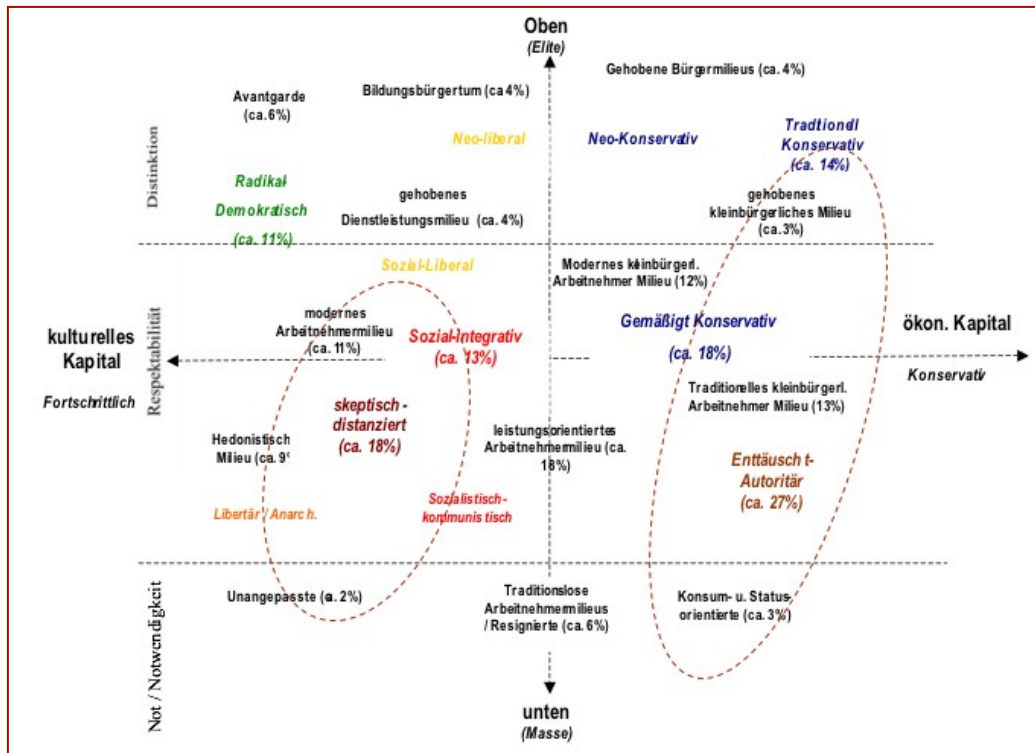
Eine Grundannahme der Bourdieuschen Feldtheorie ist, dass typische soziale Positionen mit entsprechenden Einstellungen oder Werthaltungen *relativ* eng gekoppelt sind, vermittelt über einen

lagespezifischen Habitus – politische Einstellungen sind also weder zufällig oder frei wählbar noch völlig determiniert. Das Bourdieusche Konzept trägt in Erweiterung marxistischer Ansätze (mit Durkheim oder Weber) der Dynamik gesellschaftlicher Arbeitsteilung, Pluralisierung und Individualisierung sozialer Verhältnisse Rechnung, es geht aber nicht soweit, eine Entstrukturierung und Enthistorisierung sozialer Strukturen mit beliebigen, frei wählbaren Einstellungen anzunehmen, so dass nur noch flüchtige, tagesaktuelle mediale Inszenierungen, persönliche Charismatik oder Zufälligkeit bei Wahlen den Ausschlag gäben, wie das von privatwirtschaftlichen Meinungsforschern und Medien behauptet wird (vgl. Geiling/Vester 2007).

### **3. Wandel sozialer Milieus und ‚Krise der Repräsentation‘**

In Anlehnung an Bourdieu und Vester et al. lässt sich das soziale und politische Feld *zweidimensional* konstruieren (Bourdieu 1987; Vester et al. 2001, s. Abbildung 1): Erstens gibt es eine vertikale Differenzierung entlang der *Herrschafts-* oder *Machtachse* mit den Polen oben, wo sich eine Elite mit distinktiver Macht, Besitz, Geld und Geist befindet und unten, dem Pol der Masse relativ Machtloser, ohne großes ökonomisches Kapital und ohne wertvolle Bildungsabschlüsse oder ‚kulturelles Kapital‘. Die Machtposition leitet sich primär aus dem ökonomischen Kapital ab (Einkommen und Vermögen aus Boden, Immobilien, Betriebsvermögen, Finanzkapital oder Arbeit), aber auch dem bedeutender werdenden kulturellen Kapital (v.a. Bildung und berufliche Stellung), wobei sich die Verhältnisse relational bestimmen und Positionen wie Perspektiven umkämpft und in Veränderung sind.

**Abbildung 1: Modell des politischen Feldes**



Quelle: Eigene Erstellung nach: Vester et al. 2001; Geiling/Vester 2007.

Zur vertikalen Differenzierung des sozialen und politischen Feldes kommt die *horizontale* nach der Art der Machtmittel oder des Kapitals, worauf die jeweilige Lage und ihre Reproduktion primär beruht und den unterschiedlichen Berufen, wobei seit längerem im Wandel von der Agrar- zur Industrie- und Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft spezialisierte Stellungen und Berufe zunehmen, bei denen primär aus kulturellem Kapital, also geistiger Arbeit, geschöpft wird (was als kreativ, anspruchsvoll usw. hervorgehoben wird). Damit ist der Abstieg tradierter, als einfach oder ‚gering qualifiziert‘ abgewertete Stellungen und Arbeiten sowie eine zunehmende Hegemonie Kulturschaffender verbunden, mit ihren ständigen Kämpfen um Bewertungen, Bildungsabschlüsse, Preise usw. (Vester et al. 2001).

Die sozialen Milieus gehen mit typischen *politischen* Einstellungen einher, wobei Vester et al. aus repräsentativen Befragungen in Deutschland politische Milieus konstruierten (farbige Prozentangaben in Abbildung 1, wozu von mir parteipolitische Lager

zur besseren Verortung ohne Prozentangaben ergänzt wurden), die grundsätzlich – mit Modifikationen – auch für andere Wohlfahrtsstaaten als Orientierung dienen können.<sup>8</sup> Vertikal trennen sich entlang der Machtachse distinktive elitäre versus populäre egalitäre Haltungen, horizontal eine von konservativ-autoritären auf der rechten Seite, die sich eher an Einordnung, Anpassung und Konventionalität orientieren, gegenüber dem linken Pol mit eher fortschrittlich-liberalen oder libertären, individualistischen, emanzipativen und avantgardistischen Haltungen. Oben findet sich eine privilegierte bürgerliche Elite (von ca. 10-20 %) mit Vermögen, Bildung und feinen Unterschieden der Lebensweisen, des Geschmacks und des sozialen wie politischen Umgangs, die sich gegenüber der Masse der Volksmilieus abgrenzen mit wenig Einfluss, Macht und ökonomischem und kulturellem Kapital (Bourdieu 1987; Vester et al. 2001; Vester 2006).<sup>9</sup> Selbstverständlich zeigen sich auch innerhalb oder zwischen den Milieus Differenzen, Konflikte und Veränderungen, so zwischen den ‚alten‘ und ‚neuen‘ Mächten, ‚altem‘ und ‚neuem‘ Reichtum, tradiertem Adel, Großgrundbesitzern oder Besitzbürgern, denen die neuen Mächte fortschrittlich-liberal orientierter Vertreter des aufstrebenden (überwiegend städtischen) Bildungsbürgertums gegenüber traten (sich als fortschrittlich, aufgeklärt gegen die ‚alten‘ Mächte durchsetzend). Bis auf das gehobene Dienstleistungsmilieu mit Beamten oder Managern hat die ‚Oberschicht‘ ihre soziale Stellung aber seit Generationen gegen allzu viele Neuzugänge gesichert und auch die kulturelle Avantgarde bleibt eine Domäne jüngerer Bourgeoisie-Abkömmlinge (Vester 2006: 12). Über die Zeit verfestigte sich zwar die horizontale Teilung in die Pole von Macht und Besitz (rechts) und akademischer Intelligenz (links), wengleich seit dem 2. Weltkrieg in den oberen Klassen

---

<sup>8</sup> Siehe Bourdieus Anmerkungen zur Übertragbarkeit seines Modells auf andere Staaten und Kulturen bei einem Vortrag in Japan (Bourdieu 1998b: 13 ff.); zu den Modellen europäischer sozialer Milieus siehe: Vester et al. 2001.

<sup>9</sup> So sind besonders die produktive *Vermögen* konzentriert: In Deutschland verfügen die reichsten 10% der Haushalte über ca. 70% der *geschätzten* Vermögen (im Mittel gut 500 Tsd. €), wogegen ca. 70% der Haushalte zusammen keine 9% an Vermögen haben (Grabka/Frick 2007; Frick/Grabka 2009). Diese Konzentration blieb über Jahrzehnte recht konstant und nimmt wieder zu, nachdem sie bis etwa 1975 leicht abgenommen hatte (Frick/Grabka ebd., Geißler 2002).

eine Anpassung an v.a. angelsächsisch geprägte Bildungsgebräuche und liberalere Lebensstile stattfand (Vester ebenda). Die neue ‚Exzellenz‘ zeigt sich liberal, polyglott, multikulturell und tritt zunehmend immateriell als Ökonomie oder Rassismus der Intelligenz (Bourdieu 1998a: 58). Deren ‚Soziodizee der Kompetenz‘ ist das, „womit die Herrschenden versuchen, eine, wie Weber sagt, ‚Theodizee ihres eigenen Privilegs‘ zu produzieren, das heißt eine Rechtfertigung der von ihnen beherrschten sozialen Ordnung (Bourdieu 1993b: 252 f.; Hervorhebung im Orig.).

Politisch dominieren bei der kulturellen Avantgarde libertäre radikal-demokratische bzw. grün-alternative, im Bildungsbürgertum eher liberale Präferenzen, auf der Seite der traditionellen Besitzklassen eher ‚neo-konservative‘ oder traditionell konservative Einstellungen, mit der Leitvorstellung einer tradierten sozialen Ordnung und Herrschaft nach dem Muster von Patron-Klient und standesgemäßen Verpflichtungen. Eine konservative Grundausrichtung dominiert auch im gehobenen kleinbürgerlichen Milieu, das verschärften Modernisierungszwängen und -gefahren ausgesetzt ist, z.B. als Händler, Gewerbetreibende, oder Bauern, mit dem drohenden Verlust des überwiegend erarbeiteten Vermögens und der Gefahr des sozialen Abstiegs, weshalb hier oft ‚enttäuscht-autoritäre‘ Haltungen und chauvinistische Züge zu finden sind, die aber auch in anderen Milieus wie dem gehobenen konservativ-bürgerlichen vorkommen und insgesamt ein problematisches Ausmaß von 27% annehmen (Vester 2006).

In Abgrenzung zur ‚Oberklasse‘ betonen mittlere und untere Volks- und Arbeitnehmersmilieus (ca. 70 %) ihre leistungsorientierten normalen Lebensformen und Stellungen, sie sind kritisch gegenüber Privilegierungen, welche die Leistungsgerechtigkeit und Statussicherung verletzen. Diese Milieus kennzeichnen zum einen eher *sozialintegrative* Haltungen, mit Orientierungen an Normalität, Respektabilität, Leistung, Praktisch-Notwendigem, unter Ablehnung von Eitelkeit, Abgehobenheit, Verkünstelung, Luxus, Raffgier usw. (Vester et al. 2001: 26 ff.). Die kleinbürgerliche Traditionslinie (rechts) zeigt eher sozialkonservative

(meist christdemokratische) Züge.<sup>10</sup> Viele stammen aus Familien von Kleinbesitzenden, die sich auf Arbeitnehmerberufe umstellen mussten und Sicherheit von der Einordnung in soziale Ordnungen erwarten. Die modernere Traditionslinie setzt eher auf Autonomie, planvolle Lebensführung, Ausbildung, fachliche Arbeit und Leistung, bei gegenseitiger Hilfe und tendiert zur Sozialdemokratie. Räumlich weiter links findet sich eine stark erlebnisorientierte, hedonistische Milieufraktion, die sich jugendspezifisch gegen eine strenge Pflicht- oder Arbeitsethik, Spießbürger usw. abgrenzt, aber arbeitnehmerisch orientiert ist (Vester 2006: 13). Vor allem die tradierten kleinbürgerlichen Milieus, insbesondere die der mittleren Angestellten, Handelstreibenden, Facharbeiter oder Handwerker, mit bescheidenen Besitztümern, oft auch noch die darunter befindlichen, weniger qualifizierten und gering verdienenden Arbeiter der konsum- und statusorientierten Milieus grenzen sich nicht nur nach oben, sondern auch nach unten ab, gegen die benachteiligten Milieus der deklassierten *Arbeitsbevölkerung*.

Diese Trennung an der Linie der Respektabilität innerhalb der Volksklassen spiegelt sich bis heute auch politisch in einer *gespaltenen Linken*, mit einer zur Mitte und dem Bürgertum tendierenden SPD und der seit 1990 wieder erstarkten radikaleren Linken mit sozialistischen, kommunistischen oder undogmatischen, libertär-anarchistischen Lagern. Unten, in den *benachteiligten* Volksmilieus (gut 10 %)<sup>11</sup> hat sich meist über Generationen die Erfahrung von Knappheit, Not und Ohnmacht verfestigt, weshalb diese notgedrungen weniger auf eine planmäßig strebsame oder asketische Lebensführung als auf die flexible Nutzung von Gelegenheiten und die Anlehnung an Stärkere setzen (Vester 2006). Diese Klientel, bis in die Weimarer Republik oft als ‚Asoziale‘ deklariert (auch durch große Teile der Sozialdemokraten), gilt als gering oder unqualifiziert, d.h. unbrauchbar, faul, drogen-, fress- oder vergügungssüchtig oder kriminell. Die benachteilig-

---

<sup>10</sup> Indes weisen ‚Volksparteien‘ wie CDU/CSU und SPD jeweils klassenübergreifende divergierende Flügel (links/rechts, arbeitnehmernah/arbeitgebernah, konservativ/liberal) auf, weshalb es hier um ‚Gravitationszentren‘ geht.

<sup>11</sup> Vester et al. sprechen seltsam verbrämend von ‚unterprivilegiert‘.



ten ‚Loser‘ und Überflüssigen werden zunehmend deklassiert in einer Rückkehr der ‚Grammatik der Härte‘ (Fach 2000), in ‚Aktivierungsprogrammen‘ oder der verschärften Kriminalisierung und Inhaftierung (Bourdieu/Wacquant 1996: 52), ‚selber schuld‘ und müssen mit den Konsequenzen ‚umgehen lernen‘. Dabei (ebd. 51), werde nicht zufällig verkannt, dass die ‚Exzellenten‘ ihre Anerkennung ihrer Bildung verdanken, also geistigen Fähigkeiten, die wie eine Himmelsgabe betrachtet werden, von denen wir aber wissen, dass sie von der Gesellschaft verteilt werden, dass diese neuartig legitimierten Ungleichheiten *gesellschaftliche Ungleichheiten* sind.

Seit Mitte der 1970er Jahre weiten sich die Armutsmilieus infolge von Massenarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung in den unteren Dienstleistungsbereichen aus (Schultheis/Schulz 2005). Dabei wachsen in breiten Bevölkerungsschichten Frustrationen, Skepsis und Distanziertheit gegenüber den etablierten Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen und vor allem jüngere, *formal* gering gebildete Männer verarbeiten ihre Benachteiligung und Ohnmacht, auch infolge der Emanzipation von Frauen und Einwanderung, mitunter nach aggressiv-autoritärem Muster, mit Ressentiments gegen Ausländer, Intellektuelle, alles Moderne sowie Eliten und Politiker, die ihre Fürsorgepflichten vernachlässigen (Geiling/Vester 2007: 473). Die Abwendung von der verfassten Politik und Institutionen als ‚Krise der Repräsentation‘ reicht aber weit in die tradierten Arbeitnehmer- und Kleinbürgermilieus (Vester et al. 2001). So hat sich auf der rechten Seite des sozialen Raums die große ‚Gruppe‘ politisch „Enttäuscht-Autoritärer“ (ca. 27%) gebildet – was aber breite bürgerliche konservativere Milieus betrifft (Abbildung 1). Diese Gruppen (auch wenn sie sich gar nicht als solche zeigen), wählen meist pragmatisch CDU/CSU oder SPD, Befragungen und Regionalwahlen unterstreichen aber, dass sog. Rechtspopulisten<sup>12</sup> um die 20 % der Wähler gewinnen könnten (auch in anderen Ländern der EU) (Vester 2006: 16; Sides/Citrin 2007; Zick et al. 2008). Dazu

---

<sup>12</sup> Im Begriff des Populismus schwingt eine abwertende Klassifikation des Volkes als Masse oder ‚Pöbel‘ gegenüber der Elite mit.

kommt eine große Gruppe ‚Skeptisch-Distanzierter‘ (ca. 18%), die eher aus dem leistungsorientierten Arbeitnehmermilieu der linken Mitte stammen, bei dem sich ebenso politische Enttäuschung und Enthaltung breit machte (Vester 2006; Geiling/Vester 2007).

Diese Entwicklungen verschärften sich in den letzten Jahren infolge der wohlfahrtsstaatlichen Krisen- und Reformpolitik, der Wende der Sozialdemokratie zur ‚Neuen Mitte‘ und ihrer ‚Reformagenda 2010‘, welche Bundeskanzler Schröder (SPD) mit GRÜNEN und CDU/CSU/FDP gegen große Teile der eigenen zähneknirschenden linken Basis durchsetzte.<sup>13</sup> Besonders seit den ab 2003 lancierten Einschnitten durch die Gesetze über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt I-IV erfolgte eine in Deutschland seit 1945 ungeahnte Welle sozialpolitischen Protests. Daraus resultierte aber eine Re-formierung der Linken in Westdeutschland als ‚Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit‘ (WASG) im Jahr 2004, welche mit der ostdeutschen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) als ‚Die Linke‘ fusionierte und in der Bundestagswahl von 2005 fast 9% erzielte. Die historisch und soziokulturell tief in der SPD verankerte Aversion gegen die linke (ehemals kommunistische) Konkurrenz verhinderte aber eine an sich mögliche linke Regierung – die SPD zog die Koalition mit den Christdemokraten und den Verlust der Kanzlerschaft vor, obwohl die CDU im Wahlkampf ein eher neoliberales Programm versprach (z.B. mit einer Umstellung der Krankenversicherung auf ein Prämienmodell oder einem radikalen Steuermodell).

#### **4. Grundzüge der Krisen- und Reformpolitik**

In den Sozial- oder Wohlfahrtsstaaten gibt es seit längerem die Wahrnehmung immer neuer ‚Krisen‘ (des ökonomischen Wachstums, der Finanzen, Arbeit, Energie, Umwelt, Legitimation, Demogra-

---

<sup>13</sup> Zur Agenda 2010 siehe Bundeskanzler Gerhard Schröder, 14. März 2003, BT-Plenarprotokoll 15/32, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/15/15032.pdf>; zur Positionierung der SPD in der ‚Neuen Mitte‘ siehe: ‚Schröder/Blair-Papier‘, Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7/1999; <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=452>.

phie, Familie, des Staates sowieso), worauf seit Mitte der 1970er Jahre eine reaktionäre Reformpolitik einsetzte. Nach der legendären Losung „There is no alternative“ der konservativen Premierministerin Thatcher in Großbritannien sollte das überlegene Spiel ‚freier‘ Märkte und privater Initiativen wieder gestärkt werden, weil der Wohlfahrtsstaat aufgrund der Schwäche des ökonomischen Wachstums und öffentlicher Finanzen, der globalen Standortkonkurrenz, der Alterung der Gesellschaft, Arbeitslosigkeit und ‚Abhängigkeit‘ der Massen von ‚Wohlfahrtsklientelen‘ mit der Erlahmung des privaten Engagements und Solidarität, nicht mehr finanzierbar, ausgefertigt, ineffektiv und ineffizient sei. Der *durch* die ‚Reformpolitik‘ induzierte Abbau sozialer Teilhaberechte und die wieder zunehmende soziale Ungleichheit und Armut wurden als ‚alternativlos‘ und fortschrittlich oder zukunftsichernd gewendet.

Dieses bedeutet eine ‚Umwertung‘ politischer Werte oder einen Umsturz der Ordnung von Links/Rechts und Progressiv/Konservativ oder Reaktionär dar: Linke wurden zu ‚Altlinken‘ und ‚Besitzstandwahrern‘, zu Illusionisten, welche die ‚Zeichen der Zeit‘ oder ‚schlichte ökonomische und demographische Notwendigkeiten‘ nicht wahrhaben wollten, zu unzeitgemäßen ‚strukturkonservativen‘ Reformgegnern und Bewahrern des alten Wohlfahrtsstaats. In diesem Zusammenhang spielt die Alterung der Gesellschaft und die Klassifikation von ‚alt‘ und ‚jung‘ oder ‚neu‘ eine wichtige Rolle, wobei mächtige, oft unbewusst wirkende Altersstereotype und Naturalisierungen im Spiel sind, die wiederum ideal zur Ideologie der kapitalistischen Marktwirtschaft passen mit ihrer Logik der ständigen Erneuerung, Umwälzung und ‚schöpferischen Zerstörung‘. ‚Alt‘ gilt allgemein als absteigend, kränkelnd oder sterbend, wogegen ‚jung‘ oder ‚neu‘ als positiv, zukunftsweisend, aufsteigend, leistungsfähig, innovativ usw. erscheinen.<sup>14</sup> Entsprechend wurde der vorgeblich ‚alte‘ gesellschaftliche Kon-

---

<sup>14</sup> Die naturalisierenden Altersbilder sind meist negativ und stigmatisierend (Filipp/Mayer 2005; Amrhein/Backes 2007). Solche Klassifikationen, Rollen und Rechte fallen aber je nach sozialem Kontext und Position sowie Geschlecht unterschiedlich aus, sie sind umkämpft als *gesellschaftlich* gemachte, willkürliche Ordnungen (Bourdieu 1993a).

flikt zwischen Rechts und Links, Kapital und Arbeit ,reformiert' oder ad acta gelegt, zugunsten angeblich ,neuer' relevanter Konflikte zwischen ,Jung' und ,Alt', den Geschlechtern, Ethnien usw.

Dieses Argumentationsmuster knüpft an die seit langem immer wieder behauptete Überwindung der Klassengesellschaft im Wohlfahrtsstaat an, mit der Individualisierung und Pluralisierung sowie ,neuen' sozialen Ungleichheiten in der ,Risikogesellschaft' (Beck 1983; Beck 1993). Ähnlich behauptet die These von ,New Politics' (Pierson 2002), dass der wohlfahrtsstaatlichen Reformpolitik neue Probleme und Konflikte sowie neue treibende Kräfte zugrunde lägen. So betonten Pierson u.a., dass die mit der Dienstleistungsgesellschaft heterogener werdenden sozialen Milieus und Familienstrukturen ,neue' soziale Fragen und politische Konflikte, zwischen Jungen und Alten, Familien und Singles oder Kinderlosen, Geschlechtern und In- und Ausländern hervorbrachten, welche anstelle der ,alten' Klassenfrage in den Vordergrund rückten und den Einfluss der Parteiendifferenz von Rechts und Links in den Hintergrund drängten. Regierungen und Nationalstaaten hätten angesichts der Krisen und Sachzwänge von Alterung, De-Industrialisierung und Globalisierung nur begrenzte politische Steuerungsfähigkeiten und Parteien seien gezwungen, ideologische Differenzen pragmatisch zurückzustellen oder diese nur noch symbolisch zur Schau zu stellen (Schmidt 2001: 10 ff.). Ergänzt werde dieses durch den Widerstand und die Eigendynamik wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und Interessengruppen (z.B. von Rentnern), welche die Reformbemühungen in moderate pfadabhängige Entwicklungen umleiteten oder gar karikierten.

Tatsächlich blieben zwar die Sozialausgaben in den Wohlfahrtsstaaten relativ hoch oder stiegen weiter, fern des ,race to the bottom' und eher als ,growth to limits' (Castles 2006; Castles/Obinger 2007; Obinger/Starke 2007). Allerdings werden durch Sozialausgaben kaum soziale Teilhaberechte abgebildet, erstere können wachsen, trotzdem soziale Leistungen abgebaut wurden und Nöte, Armut und Ungleichheit zunehmen, z.B. infolge von Arbeitslosigkeit (Esping-Andersen 1990; Korpi/Palme 2003). Kor-

pi/Palme betonen zudem zurecht, dass die zunehmende Arbeitslosigkeit ein Ausdruck für den Abbau sozialer Teilhaberechte und ein Indiz der Schwächung der Position von Lohnabhängigen darstellt. Gemessen an den Lohnersatzraten bei Arbeitslosigkeit, Rente oder Krankheit wurden die Leistungen der Wohlfahrtsstaaten oft erheblich gekürzt, zwischen 1975 und 1995 im Mittel von 18 OECD-Staaten um ca. 10%, teilweise, wie beim neoliberalen Vorreiter Großbritannien, auf ein Niveau, das unter jenem von 1930 lag (Korpi/Palme 2003; Korpi 2003; Korpi/Palme 2003; Allan/Scruggs 2004). Den zum Teil massiven Abbau sozialer Teilhaberechte setzten vor allem Mitte-Rechts Regierungen durch, mit einer vierfach höheren Wahrscheinlichkeit für den Abbau sozialer Teilhaberechte (Korpi 2003; Korpi/Palme 2003 Allan/Scruggs 2004). Zudem herrscht infolge der ‚Reformpolitik‘ eine stark wachsende soziale Ungleichheit und Prekarität, obwohl hier und da auch soziale Rechte weiter ausgeweitet wurden – in Deutschland vor allem für Familien – und obwohl eben die Sozialausgaben stiegen.

Seit ca. Mitte der 1990er Jahre adaptierten aber auch sozialdemokratische Regime und Regierungen wie von Blair oder Schröder als ‚neue Mitte‘ die als ‚alternativlos‘ oder ‚zukunftsichernd‘ gewendete ‚Reformpolitik‘, welche in Deutschland mit den GRÜNEN, aber auch Konservativ-Liberalen – und gegen die Proteste der als ‚altlinks‘ deklassierten Parteilinken durchgesetzt wurde. Die ‚Reform-Agenda 2010‘ und insbesondere die Arbeitsmarktreform der Rot-Grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) brachten sogar die tiefsten sozialpolitischen Einschnitte seit 1945 mit einer Deregulierung des Arbeitsmarktes. Die Arbeitsmarktreform wurde seit 2002/2003 nach den Empfehlungen einer durch Bundeskanzler Schröder eingesetzten Expertenkommission unter der Führung des ehemaligen VW-Personalmanagers Peter Hartz und gegen den Widerstand von Gewerkschaften und linken Strömungen in der SPD durchgesetzt (vgl. Kemmerling/Bruttel 2006). Hierbei ist aber auch der Druck der konservativ-liberalen Opposition in Rechnung zu stellen, welche seit 1999 die Mehrheit im Bundesrat (der bei allen wesentlichen sozialpolitischen Ent-

scheidungen zustimmungspflichtig ist) hatten. Die föderative Politikverflechtung unterstützte den für Deutschland typischen ‚mittleren Weg‘ der Sozialpolitik und die Konkordanz der beiden großen Parteien (Schmidt 1999).

Insbesondere zeigen die ‚Hartz-Reformen‘ eine stark *technokratische* Prägung, von der Einsetzung der Regierungskommission über die Ankündigung des Kanzlers Schröder, die Vorschläge der Kommission „eins zu eins“ umzusetzen, bis zur Entscheidung, die bis zur parlamentarischen Selbstentmündigung und Entdemokratisierung reicht (Hensche 2009). Politische Reformen wurden in der ‚Rot-Grünen Ära‘ besonders stark durch Expertengremien und ‚think-tanks‘ (Hartz-Kommission, Rürup-Kommission, Bertelsmann-Stiftung usw.) sowie internationale Organisationen wie OECD, World Bank, WTO, EU usw., mit dadurch untermauerten ‚Reformnotwendigkeiten‘ bestimmt.<sup>15</sup> Doch ist nicht nur in Deutschland ein politisches Spiel zu beobachten,

„bei dem die Mächtigen die Tendenz haben, die Wahrheit zu fingieren und den Glaubensvorstellungen und den Sicht- und Teilungsprinzipien, die sie durchsetzen wollen, vor allem auf dem Gebiet der Ökonomie, den Anschein einer wissenschaftlichen Garantie, eines Stempels der Wahrheit zu geben versuchen. Sie beteuern ständig, die Wissenschaft sei auf ihrer Seite, die Nobelpreise seien auf ihrer Seite, so wie man früher Kriege führte und dabei rief: ‚Gott ist mit uns‘. Und sie verlangen vom einfachen Volk, sich auf diejenigen zu verlassen, die kompetenter sind die es besser wissen, die das Monopol der Handhabung der politischen Heilsgüter für sich beanspruchen, das Monopol der Definition des politisch Guten und Richtigen, im Namen des Kompetenz- und Wahrheitsmonopols“ (Bourdieu 2001a: 56).

Auch Crouch konstatiert eine wachsende ‚*Expertokratie*‘, da in der Öffentlichkeit nur noch über Probleme diskutiert werde, welche Experten zuvor ausgewählt hätten, während professionelle PR-Experten Politik und Wahlkämpfe als Spektakel zur Massenakklamation inszenierten, er sieht den Übergang zur bloß *formalen* demokratischen Herrschaft einer „*Postdemokratie*“, der materielle Anspruch demokratischer Teilhabe und Teilhabefähigkeit existiere kaum noch (Crouch 2008). Die Mehrheit der Bürger nehme deshalb

---

<sup>15</sup> Diese Organisationen sind meist angelsächsisch, liberal und ökonomisch dominiert. Dabei wird der schon sprachlich begründeten angelsächsischen Hegemonie kaum noch Widerstand entgegengesetzt.

eine apathische oder verdrossene Rolle ein, weil die reale Politik hinter verschlossenen Türen stattfindet, wobei Regierungen und politische Eliten vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten (Crouch 2008: 10).<sup>16</sup> Indes wird die in den kapitalistischen Zentren wachsende politische Skepsis, Resignation und Apathie als ‚Politikverdrossenheit‘ durch politische Eliten ebenso beklagt wie gefördert. Beteiligt sind hierbei meist profitorientierte Medienunternehmen, welche die politische Öffentlichkeit und Bemerkenswertes konstruieren (Bourdieu 2001a: 52) und die stark von Wirtschaft, Verbänden und Regierungen mit ihren PR-Apparaten abhängen (welche Themen, Informationen, Problemen, Aufträge und Gelder bestimmen) und ‚Netzwerke‘ bilden (Bourdieu 1998b: 96). Zudem neigen Märkte der politischen Öffentlichkeit zur Konzentration von Macht: „Im Westen wird der Marktplatz gerne mit Meinungsfreiheit gleichgesetzt, doch kann die unsichtbare Hand des Marktes ein ebenso wirksames Kontrollinstrument sein wie die eiserne Faust des Staats“ (Chomsky 2003: 62).<sup>17</sup>

Ähnlich wie Crouch diagnostiziert Wolfgang Fach ein „Verschwinden von Politik“ (Fach 2008). Besonders bei ‚Krisen‘ nationaler oder existentieller Tragweite wie der Frage von Krieg und Frieden oder der Biopolitik (Foucault) (etwa bei der technisierten Geburts- oder Sterbehilfe) müsse Politik als Parteipolitik ruhen; Politik müsse aber auch aus anderen Gründen verschwinden, als ‚schmutziges Geschäft‘ werde sie in die Hinterzimmer oder den Arkanbereich internationaler Expertenzirkel, Kommissionen, Bürokratien und Lobbys verbannt, klein gehalten und verdrängt, um ‚Großes‘, die transzendente Sorge fürs Ganze im ‚Hohen Haus‘ zu ermöglichen (Fach 2008: 13 ff.). Bei ‚Krisen‘ gibt es einen selbstverständlichen Konsens der Notwendigkeit pragmatischen, raschen Handelns, die profunde Analyse und Diskussion von

---

<sup>16</sup> In Deutschland sind jüngst diverse politische Entscheidungen getroffen worden, die auf die Ablehnung der überwältigenden Mehrheit des Volkes treffen, so die Beteiligung am Krieg in Afghanistan, die EU-Osterweiterung, die Einführung der Wirtschaftsunion mit dem Euro oder die Erhöhung der Altersgrenze beim Rentenbezug auf 67 Jahre.

<sup>17</sup> So basiert der Freedomhouse Index, der als Parameter für die Qualität der Demokratie genutzt wird, wesentlich auf der Garantie der Pressefreiheit, die aber nur als formale, weniger als materielle Freiheit verstanden wird.

Alternativen und Hintergründen muss warten, wobei staatliche Institutionen wie Regierung und Verwaltung federführend sind, schon weil sie über den Einsatz staatlicher Gewaltmittel verfügen.

Zugespitzt tritt eine Tendenz eines *autoritären Etatismus* und eine Politik des ‚*Ausnahmestands*‘ zutage (Poulantzas 1978; Agamben 2004): Der Ausnahmezustand kennt wie die Not keine Gesetze, dennoch wurde dieser in den letzten Jahrzehnten gerade in den modernen demokratischen Rechts- und Wohlfahrtsstaaten immer stärker *in* das Recht eingebaut und als *normale* Regierungstechnik im Rahmen des ‚globalen Bürgerkriegs‘ gerechtfertigt und genutzt (Agamben 2004):

„Angesichts der unaufhaltsamen Steigerung dessen, was als ‚weltweiter Bürgerkrieg‘ bestimmt worden ist, erweist sich der Ausnahmezustand in der Politik der Gegenwart immer mehr als das herrschende Paradigma des Regierens. Diese Verschiebung von einer ausnahmsweise ergriffenen provisorischen Maßnahme zu einer Technik des Regierens droht die Struktur und den Sinn der traditionellen Unterscheidung der Verfassungsformen radikal zu verändern – und hat es tatsächlich schon merklich getan. Der Ausnahmezustand erweist sich in dieser Hinsicht als eine Schwelle der Unbestimmtheit zwischen Demokratie und Absolutismus“ (ebd. 9).

Diese despotische Tendenz zeigte sich besonders bei der konservativen US-Regierung von George W. Bush seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und den ‚Kriegen gegen den Terror‘,<sup>18</sup> was durch eine ideologische Mobilmachung und Einschränkung von Freiheitsrechten, z.B. mit dem Lager von Guantanamo oder im ‚Patriot Act‘, begleitet wurde:

„Bush ist derzeit dabei, eine Lage zu schaffen, in welcher der Notfall zur Regel wird und in der eben jene Unterscheidung zwischen Frieden und Krieg (und zwischen Krieg nach außen und weltweitem Bürgerkrieg) sich als unmöglich erweist“ (Agamben 2004: 31 f.).

Der Ausnahmezustand und laufende *Krisen* sind per se unübersichtlich und nur scheinbar evident oder objektiv (Agamben 2004: 39). Es bleibt meist unklar, inwiefern es sich um reale oder nur be-

---

<sup>18</sup> Zur Unübersichtlichkeit von Terror und der zwielichtigen Rolle der USA (Regierung wie Medien) siehe z.B. (Chomsky 2003).



hauptete existentielle Bedrohungen handelt, wie gravierend diese in Relation zu anderen Krisen oder Problemen sind, welche Interessen und Akteure im Einzelnen wie betroffen sind und welche Auswirkungen bei den ‚dringend‘ gebotenen oder ‚alternativlos‘ bezeichneten politischen ‚Reformen‘ für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen vorliegen.

Den neuesten Kulminationspunkt wohlfahrtsstaatlicher Krisenpolitik bildete die jüngste ‚Finanzkrise‘, in der die als überschuldet und am Ende geglaubten Wohlfahrtsstaaten zur Stützung spekulativer Banken und Wirtschaftsunternehmen ungeheuerere Kapitalmengen hervorzauberten und mobilisierten, ein symbolischer Betrag wurde auch für ärmere Länder eingesetzt.<sup>19</sup> Indes werden auch die Folgen und Kosten der Finanzkrise vor allem die Lohnabhängigen per Steuern und Sozialbeiträgen, Einbußen bei Löhnen und Sozialleistungen, Arbeitslosigkeit und höheren Konsumausgaben bezahlen (Bieler et al. 2010).

Das rasche, massive und international konzertierte Eingreifen steht im seltsamen Kontrast dazu, dass der Staat in den letzten Jahrzehnten von den weltgewandten neoliberalen Ökonomen und ‚Global Player‘ zum ‚local heroe‘ degradiert wurde, ein in polyzentrischen globalen Netzen zappelnder provinziell-anachronistischer, tragisch-ironischer (Willke 1992) sterbender Held: „Ein Hauch von Anämie und Abschied durchzieht das neue Staatsverständnis“, „Trauer aber kommt nicht auf – denn von dem ‚Alten‘ war ohnehin nichts mehr zu erwarten“ (Fach 2000: 111). Nun ist der Staat wie Phönix aus der Asche aufgestiegen, nach der Parole ‚der König ist tot, es lebe der König‘ (der Kopf des Königs ist in der politischen Theorie noch nicht gerollt, Foucault, 1978: 38). Mit der Krisen- und Reformpolitik vollzog sich eine Wende zum schlanken und starken Staat mit einer Rückkehr

---

<sup>19</sup> „Member States have mobilized resources on a massive scale, including \$18 trillion (almost 30 per cent of world gross product, or WGP) to recapitalize banks, nationalize financial institutions and provide guarantees on bank deposits and other financial assets; and fiscal stimulus plans that by April 2009 amounted to \$2.7 trillion (about 4 per cent of WGP), to be spent over 2009–2011. Leaders of the Group of Twenty (G20) also pledged US\$ 1.1 trillion in financing at their London Summit in April, of which \$50 billion is for social protection, trade and development in low-income countries“ (<http://www.un.org/ga/econcrisissummit/docs.shtml>).

der ‚Grammatik der Härte‘ und von Gladiatoren (Fach 2000; Wacquant 2010).

Die zunehmende Prekarität, Verängstigung, soziale Unsicherheit und Härte ist Teil des neoliberal/neokonservativen Programms oder Strategie (Klein 2007), gepaart mit Militarisierung, Überwachung, Workfare, ‚Zero Tolerance‘ und massenhaften Bestrafungen der Armen, wobei die USA als Vorreiter auch in Europa Nachahmer findet (Wacquant 2001;2010). In Krisen werden typischerweise nationale Interessen konstruiert und ein Schulterschluss erzwungen (O'Neill 2002), indem mit Sorge über ‚unsere‘ Wirtschaft, Wachstum, Zukunft die Rede ist, d.h. Interessen der Kapitalbesitzer zum Gesamtinteresse werden, woran mediale Inszenierungen und ‚Führer‘ wie Berlusconi mit ihren pseudopopulistischen ‚Bewegungen‘ von ‚Forza Italia‘ anschließen. Dabei werden Krisen, Krieg, Gewalt und das global grassierende Elend medial in endlosen Schreckensbildern und -szenarien gezeigt, aber ahistorisch als unermesslich, unbegreiflich oder unmenschlich, ohne Hintergründe und Interessenverflechtungen greifbar zu machen. Indes, das Verschwinden von Politik hat Grenzen, erst wenn „Heterogenität“ verschwinde, „verschwindet auch das Verschwinden, das Stadium der vollständig entzauberten Politik wäre erreicht“ (Fach 2008: 240) – Ungleichheit und soziale wie politische Konflikte bleiben aber erhalten, somit auch Politik und der Kampf um ihr Verschwinden.

## **5. Konklusion**

Der Wohlfahrtsstaat und die Krisen- und Reformpolitik wurden hier mit Pierre Bourdieu als soziales Machteld rekonstruiert, auf dem konkurrierende politische Akteure um die Herrschaft und Durchsetzung ihrer Sichtweisen als allgemein verbindliche kämpfen. In den letzten Jahrzehnten dominierte eine Politik der Krise und reaktionären Reform, wobei der ‚alte‘ Konflikt von Kapital und Arbeit und der politische Rechts-Links-Gegensatz zwar weiter bestimmend bleibt – entgegen vorschnellen technokratischer Argumente des Sachzwangs und ‚New Politics‘.

Es sind aber durchaus wichtige Kräfte- und Strukturveränderungen des sozialen und politischen Feldes zu verzeichnen, auch innerhalb der Klassen von Kapital und Arbeit und in Wechselwirkung zur Reformpolitik. Dabei verzeichneten vor allem die Fraktionen des flexiblen, global operierenden Finanzkapitals und des kulturellen Kapitals (Informationstechnik, ‚Engineering‘, Management, Medien, Kultur, Wissenschaft) eine enorme Ausweitung und Stärkung, womit sich der globale Wettbewerb in der internationalen Arbeitsteilung verschärfte, zulasten vor allem der ‚gering qualifizierten‘, wenig mobilen Lohnabhängigen (Bieler et al. 2010). Dieses schwächte die etablierten Kräfte der Arbeiterbewegung, die sich zunächst auf die eher kleinteilige Verteidigung sozialer Rechte für Normalarbeitnehmer in den Wohlfahrtsstaaten und für moderate Reformen einsetzten. Letzteres wird aber offenkundig nicht ausreichend der veränderten Problem- und Gefechtslage infolge der Strukturveränderungen der Arbeitswelt und des sozialen Wandels gerecht.

Die Lohnabhängigen und ihre Interessengruppen scheinen quasi wie das Kaninchen vor der Schlange durch die Sorge um immer neue ‚Krisen‘ und das globale Elend (sowie den zu verteidigenden Wohlstand) wie gelähmt, in Teilen kapitulierten sie angesichts der globalen Standortkonkurrenz und der durch Experten aufgezeigten immer neuen ‚Reformnotwendigkeiten‘. Zugleich schauen die seit den späten sechziger und siebziger Jahren entstandenen metropolitanen ‚neuen sozialen Bewegungen‘ eher unverwandt auf die ‚alten‘ Gewerkschaften und den Konflikt von Kapital versus Arbeit, sie entwickelten selbst kaum genuin sozialpolitisches Interesse, Relevanz und Stoßkraft, ja diese entpuppten sich eher als Protagonisten des Wandels und der Krisen- und Reformdiskurse (siehe GRÜNE). Letztere fanden wenig zufällig vor allem bei jenen wachsenden sozialen und politischen Milieus Unterstützung und Resonanz, die aufgrund ihrer sozialen Praxis, Position und ihrem Habitus Flexibilität, Wettbewerb, individueller Wahlfreiheit und Selbstverantwortung positiv gegenüber stehen (Sennett 2000; Boltanski/Chiapello 2001). Neben den Vertretern der klassischen Eliten sind vor allem die aufstrebenden jüngeren, akade-

misch gebildeten und global orientierten Dienstklassen ‚Reformmotoren‘. An deren Spitze stehen die privilegierten kosmopolitischen Eliten des transnationalen Management und Consulting, der Public Relations, Medien, Kulturindustrie oder Wissenschaft, die sich soziokulturell und in ihrem Habitus klar gegenüber den tradierten, kulturell wenig distinguierten ‚einfachen‘ Arbeitnehmersmilieus und damit den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Lagern distanzieren.

Während im Industrie oder Produktionsbereich wohl vor allem der Druck der Internationalisierung, Rationalisierung und wachsender Arbeitslosigkeit demobilisierend wirkte, ist der Organisationsgrad in den wachsenden Anteilen von Dienstleistungssektoren generell eher schwach, v.a. bei den ‚modernen‘ und jüngeren sozialen Milieus mit höherem ‚kulturellem Kapital‘ (Wissenschaft, Medien, Kulturindustrie, Marketing oder Management), schon aufgrund der sozio-kulturellen Distanz zu ‚Klassen‘, ‚Arbeitern‘ und tradierten Organisationen wie Gewerkschaften oder Parteien (Vester 2006) Geiling/Vester 2007). Ferner tragen die wachsenden flexiblen und prekären Organisations-, Produktions- und Beschäftigungsverhältnisse bei vielen Dienstleistungsbereichen, mit hohen Frauen- und Ausländeranteilen, wiederum auch zur Schwäche von Gewerkschaften bei.<sup>20</sup>

Nicht zuletzt wirkt die sozialpolitische Absicherung durch den Wohlfahrtsstaat (die allen Arbeitnehmern, auch den gewerkschaftlich ungebundenen Trittbrettfahrern zugute kommt), und die Einbindung sowie Institutionalisierung sozialpolitischer ‚pressure groups‘ demobilisierend (Visser 2007). So wurden die ‚klassenkämpferischen‘ Organisationen auch Opfer ihres Erfolgs, sie gelten vielen als überflüssig, zu sehr involviert in korporatistischen Netzwerken, institutionalisiert oder abgehoben von der gewandelten sozialen Basis, ja korrupt (wie Skandale von Neue Heimat bis zur jüngsten ‚VW-Lustreisen-Affäre‘ unterstreichen). So hatten sich vor allem die deutschen Gewerkschaften lange im korporatistischen Wohlfahrtsstaat eingerichtet, sich auf ihre in-

---

<sup>20</sup> Allerdings wirken diese Faktoren vermutlich wechselseitig (Visser 2006).

dustriellen Kernbereiche der männlichen Fach- und Industriearbeiter konzentriert und somit den sozialen Wandel ‚verschlafen‘ – das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen, der Prekarität bei Langzeitarbeitslosen, gering Qualifizierten, Jüngeren, allein erziehenden Frauen oder dem kulturell-akademischen neuen Proletariat von Arbeitskraftunternehmern (Schultheis/Schulz 2005; Schultheis 2007; Schultheis et al. 2010). Infolge der mit den Krisen und der Arbeitslosigkeit wachsenden Prekarität und Armut, sprich den verschlechterten ‚Terms of Trade‘ zwischen Kapital und Arbeit, und auch durch die ‚Krisen- und Reformpolitik‘ selbst, wurden die sozialen und politischen Bewegungen von Gewerkschaften und Parteien der Arbeiterbewegung geschwächt und es machte sich vor allem bei den benachteiligten, als ‚unqualifiziert‘ deklassierten Volksklassen Angst, Resignation, Lethargie und politische Enthaltung oder Eskapismus breit (Vester et al. 2001). Somit vollzog sich infolge der Krisen- und Reformpolitik eine Institutionalisierung von Unübersichtlichkeit, Unsicherheit und Prekarität, in einer sich immer rascher wandelnden, hyperflexiblen ‚neuen‘ Ökonomie, welche auch in den ‚modernen‘ aufsteigenden Angestelltenmilieus verunsichernd wirkt, obwohl gerade sie die Protagonisten von Reform, Erneuerung, und Risiko sind (Bourdieu 2001b: 53; Sennett 2000; Boltanski/Chiapello 2001).

## 6. Literatur

- Agamben, Giorgio (2004): Ausnahmezustand, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Allan, James P./Scruggs, Lyle (2004): Political Partisanship and Welfare State Reform in Advanced Industrial Societies. *American Journal of Political Science* Vol. 48, No. 3, 496-512.
- Amrhein, Ludwig/Backes, Gertrud M. (2007): Alter(n)sbilder und Diskurse des Alter(n)s: Anmerkungen zum Stand der Forschung. *Zeitschrift für Gerontologie + Geriatrie* Vol. 40, No. 2, 104-111.
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Stand und Klasse, In: Kreckel, Reinhard (Hg.), *Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2)*, Göttingen: 35-74.
- Beck, Ulrich (1993): *Risikogesellschaft Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bieler, A./Lindberg, I./Sauerborn, W. (2010): After 30 Years of Deadlock: Labour's Possible Strategies in the New Global Order. *Globalizations* 7, 247-260.

- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2001): Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und der normative Wandel. *Berliner Journal für Soziologie* 4, 459-477.
- Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und "Klassen": *Leçon sur la leçon* (2 Vorlesungen), Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Suhrkamp, Frankfurt.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Homo academicus*, Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre (1993a): 'Jugend' ist nur ein Wort, In: ders. (Hg.), *Soziologische Fragen*, Frankfurt: Suhrkamp, 136-146.
- Bourdieu, Pierre (1993b): *Soziologische Fragen*, Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre (1998a): *Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, UVK Universitätsverlag, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998b): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (2001a): *Das politische Feld: Zur Kritik der politischen Vernunft*, UVK-Verl.-Ges, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (2001b): *Gegenfeuer 2: Für eine europäische soziale Bewegung*, UVK, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre/Accardo, Alain/Balazs, Gabrielle/Beaud, Stéphane/Bourdieu, Emmanuel (1998): *Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, UVK, Univ.-Verl, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J. D (1996): *Reflexive Anthropologie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.) (2008): *Lebenslagen in Deutschland: Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* Bonn.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit*, UVK, Univ.-Verl. Konstanz, Konstanz.
- Castles, FG/Obinger, H (2007): *Social expenditure and the politics of redistribution. Journal of European Social Policy* 17, 206.
- Castles, Francis G (2006): *The growth of the post-war public expenditure state: long-term trajectories and recent trends*, Univ., Sfb 597, *Staatlichkeit im Wandel*, Bremen.
- Chomsky, Noam (2003): *Media control: wie die Medien uns manipulieren*, Europa-Verl, Hamburg [u.a.].
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Deleuze, Gilles (1993): *Postscriptum über die Kontrollgesellschaften*, In: ders. (Hg.), *Unterhandlungen 1972-2000*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 254-262.
- Durkheim, Émile (1992): *Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Elias, Norbert (2004): *Was ist Soziologie*, Juventa-Verl, Weinheim [u.a.].
- Engels, Friedrich (1973): *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* (MEW Bd. 21), Dietz, Berlin.
- Esping-Andersen, Gosta (1990): *The three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton Univ. Press, Princeton.
- Fach, Wolfgang (2000): *Staatskörperkultur. Ein Traktat über den 'schlanken Staat'*, In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 110-130.

- Fach, Wolfgang (2008): Das Verschwinden der Politik, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Filipp, Sigrun-Heide/Mayer, Anne-Kathrin (2005): Zur Bedeutung von Altersstereotypen. Aus Politik und Zeitgeschichte 49/50, 25-31.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht: über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Merve Verl, Berlin.
- Foucault, Michel (1991): Governmentality, In: Burchell, Graham/Gordon, Colin /Miller, Peter (Hg.), The Foucault effect: Studies in Governmentality, Chicago: Univ. of Chicago Press, 87-104.
- Foucault, Michel (1999): Der Wille zum Wissen (Sexualität und Wahrheit Bd. 1), Suhrkamp-Taschenbuch-Verl, Frankfurt am Main.
- Frick, JR/Grabka, MM (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. DIW-Wochenbericht 4, 54-67.
- Geiling, H/Vester, M (2007): Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit, In: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hg.), Die Bundestagswahl 2005, Wiesbaden: VS-Verlag, 457-489.
- Genschel, Philipp/Leibfried, Stephan/Zangl, Bernhard (2006): Zerfaserung und Selbsttransformation: Das Forschungsprogramm "Staatlichkeit im Wandel, Sonderforschungsbereich 597 'Staatlichkeit im Wandel', Univ. Bremen, Bremen.
- Grabka, Markus M/Frick, Joachim R (2007): Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. DIW Wochenbericht Vol. 74, No. 45, 665-672.
- Gresh, Alain/Radvanyi, Jean/Rekacewicz, Philippe (Hg.) (2006): Atlas der Globalisierung Taz-Verl.- und -Vertriebs-GmbH, Berlin.
- Hensche, Detlef (2009): Die Selbstentmündigung der Parlamente. Blätter für deutsche und internationale Politik 08, 35-37.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, VSA, Hamburg,
- Hoffmann, J. (2010): Perspektiven der europäischen Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften zwischen Modernisierung, Europäisierung und Globalisierung. Leviathan 38, 89-102.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Varianten des Wohlfahrtsstaats: der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Kemmerling, Achim/Bruttel, Oliver (2006): 'New Politics' in German Labour Market Policy? The Implications of the Recent Hartz Reforms for the German Welfare State. West European Politics 29/1, 90-112.
- Klein, N. (2007): Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt am Main.
- Korpi, W (2003): Welfare State Regress in Western Europe: Politics, Institutions, Globalization, and Europeanization. Annual Review of Sociology 29, 589-609.
- Korpi, W/Palme, J (2003): New politics and class politics in the context of austerity and globalization: welfare state regress in 18 countries, 1975-95. American Political Science Review 97, 425-446.
- Nafziger, Wayne/Auvinen, Juha (2002): Economic Development, Inequality, War and State Violence. World Development Vol. 30, No. 2, 153-163.
- O'Neill, J. (2002): Empire versus Empire. Theory, Culture & Society 19, 195.
- Obinger, Herbert/Starke, Peter (2007): Sozialpolitische Entwicklungstrends in OECD-Ländern 1980 - 2001: Konvergenz, Divergenz oder

- Persistenz. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft Nr. 38, 470-495.
- Pierson, Paul (Hg.) (2002): The new politics of the welfare state Oxford Univ. Press, Oxford [u.a.].
- Polanyi, Karl (1978): The great transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (Übers. von Heinrich Jelinek), Suhrkamp, Frankfurt/Main.
- Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie (L'état, le pouvoir, le socialisme, dt.). Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, VSA-V., Hamburg.
- Roth, Günter (2007): Dilemmata der Altenpflege: Die Logik eines prekären sozialen Feldes. Berliner Journal für Soziologie Vol. 1, 77-96.
- Schmidt, Manfred G (1998): Sozialpolitik in Deutschland: Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Leske + Budrich, Opladen.
- Schmidt, Manfred G. (1999): Immer noch auf dem "mittleren Weg"? : Deutschlands politische Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts (ZeS-Arbeitspapier 7/99), Zentrum für Sozialpolitik, Univ., Bremen.
- Schmidt, Manfred G., (Ed.) (2001): Parteien und Staatstätigkeit, ZeS-Arbeitspapier, 2, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, <http://www.zes.uni-bremen.de/>.
- Schultheis, F. (2007): Der Lohn der Angst-zur Normalisierung von Prekarität im grenzenlosen Kapitalismus. Gazaretz, Pascale, Juhasz, Anne, Magnin, Chantal (Hg.): Neue soziale Ungleichheit in der Arbeitswelt. Konstanz: UVK: S, 59-73.
- Schultheis, Franz/Schulz, Kristina (Hg.) (2005): Gesellschaft mit begrenzter Haftung: Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag UVK-Verl.-Ges, Konstanz.
- Schultheis, Franz/Vogel, Berthold/Gemperle, Michael (Hg.) (2010): Ein halbes Leben: Biografische Zeugnisse aus einer Arbeitswelt im Umbruch UVK Verl.-Ges., Konstanz.
- Sen, Amartya (1992): Poverty and famines: an essay on entitlement and deprivation, Clarendon Press, Oxford.
- Sennett, Richard (2000): Der flexible Mensch: die Kultur des neuen Kapitalismus, Siedler, Berlin.
- Sides, J/Citrin, J (2007): European opinion about immigration: the role of identities, interests and information. British Journal of Political Science 37, 477-504.
- Starke, P. (2006): The politics of welfare state retrenchment: A literature review. Social Policy & Administration 40, 104-120.
- Stewart, Frances (2002): Root causes of violent conflict in developing countries. British Medical Journal Vol. 324, 9. February, 342-345.
- UNDP (2005): Human Development Report 2005. International cooperation at a crossroads: aid, trade and security in an unequal world, UNDP (United Nations Development Programme), New York.
- Vester, Michael (2006): Soziale Milieus und Gesellschaftspolitik. Aus Politik und Zeitgeschichte 44-45, 10-17.
- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: zwischen Integration und Ausgrenzung, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Visser, J. (2006): Union membership statistics in 24 countries. Monthly Labor Review 129, 38-49.



- Visser, J. (2007): Trade Union Decline and What Next-Is Germany a Special Case? *Industrielle Beziehungen* (The German Journal of Industrial Relations) 14, 97-117.
- Wacquant, L. (2010): Crafting the Neoliberal State: Workfare, Prisonfare, and Social Insecurity. *Sociological Forum* 25(2), 197-220.
- Wacquant, Loïc (2001): The penalization of poverty and the rise of neoliberalism. *European Journal on Criminal Policy and Research* 9, 401-412.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie* (5. rev. Auflage, besorgt von Josef Winckelmann), Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.
- Wilkinson, Richard G. (2006): The Impact of Inequality. *Social Research* Vol. 73 Issue 2, 711-732.
- Willke, Helmut (1992): *Ironie des Staates: Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Wolgast, E. (1984): Reform, Reformation, In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe* Bd.5, Stuttgart: 313-360.
- Zick, A/Pettigrew, TF/Wagner, U (2008): Ethnic prejudice and discrimination in Europe. *Journal of Social Issues* 64, 233-251.